

## **Beschluss des Landrats vom 28.11.2019**

Nr. 285

**22. Gleich lange Spiesse schaffen – Trägerschaft der Primarschulen weg von den Gemeinden, hin zum Kanton**

Nr. 285

**22. Gleich lange Spiesse schaffen – Trägerschaft der Primarschulen weg von den Gemeinden, hin zum Kanton**

Nr. 286

**23. Bildungsoffensive 2025: Wie weiter mit den Gemeindeschulen?**  
2019/622; Protokoll: ps, bw

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, die Geschäftsleitung schlage für die Traktanden 21 – 23 eine verbundene Beratung vor.

://: Dem wird stillschweigend stattgegeben.

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme alle drei Postulate entgegen. Spricht sich jemand gegen Überweisung aus?

**Caroline Mall** (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion wolle das Postulat von Miriam Locher nicht überweisen. Die Kantonsvertreter haben die Aufgabe, die Gemeindeautonomie immer zu wahren. Das Postulat erscheint gefährlich. Es wäre seltsam, wenn der Kanton über die Primarschulen herrschen wollte. Es gibt 86 Gemeinden, die alle etwas anders funktionieren. Solchen Anliegen soll nicht Tür und Tor geöffnet werden. Die Rednerin ist erstaunt, dass der Regierungsrat das entgegennimmt, auch wenn es sich nur um Prüfen und Berichten handelt. Es wäre gefährlich, wenn der Kanton die Herrschaft über die Gemeinden übernehmen würde.

**Andrea Heger** (EVP) erklärt, die Grüne/EVP-Fraktion hält eine Betrachtung aus mehreren Perspektiven für wichtig. Familien und Kinder möchten eine Schule, die möglichst nahe und im Dorf liegt; die Befürchtung ist, dass bei einer Übernahme durch den Kanton mehr Schulen zusammengelegt würden. Aus Sicht der Schulen ist nicht alles in Ordnung, und einiges sollte zwischen ihnen besser abgesprochen werden. Aus Sicht der Gemeinden sind Schulen ein Teil des Kultur- und Dorflebens, mit den Veranstaltungen, die sie veranstalten. Eine Schule vor Ort ist ein Standortvorteil.

Die Gerechtigkeit ist ein Thema, aber ganz gerecht wird es nicht gehen. Gewisse Gemeinden haben mehr Geld für Ausflüge als andere. Die Rednerin ruft in Erinnerung, dass der Übergang der Stufe Sek I zum Kanton ein grosser Aufwand war und Rückmeldungen kamen, die den Sinn in Frage stellen: Gibt es den Mehrwert für den Aufwand, den es brauchte? Die Übergabe der Primarschule an den Kanton wäre eine riesige Kiste, mit einem Vielfachen an Gebäuden und Schulraumplanungen. Die von den Schulen genutzten Räumlichkeiten werden oft polyvalent von Vereinen und Gemeinden genutzt. Es bräuchte ein fein austariertes Abrechnungsverfahren. Die Fraktion hat grosse Skepsis gegenüber gewissen Vorstössen, jedoch wird auch eine latente Unzufriedenheit mit der bestehenden Situation festgestellt. Eine offene Prüfung ist angebracht. Die Fraktion unterstützt die Vorstösse, welche eine offene Prüfung zulassen und nicht klar eine Richtung vorgeben. Der Vorstoss von Miriam Locher (2019/610) wird nicht unterstützt, weil er zu einseitig in eine Rich-

tung geht. Der Vorstoss von Béatrix von Sury (2019/614) wird unterstützt. Geteilter Meinung ist die Fraktion beim Vorstoss von Andreas Dürr (2019/622).

**Jan Kirchmayr** (SP) nimmt stellvertretend für Miriam Locher Stellung zu den drei Vorstössen. Die SP-Fraktion unterstützt alle drei Vorstösse. Der Redner versteht nicht, weshalb Caroline Mall beim Vorstoss von Miriam Locher den Teufel an die Wand malt. Alle drei Vorstösse wollen dasselbe: Überlegungen anstellen, wie es mit der Trägerschaft weitergehen soll. Die wichtigste Frage ist, welche Bedingungen für die Gemeinden geschaffen werden sollen, damit die Trägerschaft an den Kanton übertragen werden kann. Der Regierungsrat wird einen Bericht vorlegen, und das Parlament wird über das weitere Vorgehen entscheiden. Sehr wichtig ist, dass die Gemeinden einbezogen werden, wofür es die VAGS-Projekte gibt. Die Intention hinter den Vorstössen, zumindest bei demjenigen von Miriam Locher, ist, dass es bei den Primarschulen viele unterschiedliche Infrastrukturen gibt: ICT, Digitalisierung, Schulmobiliar etc. Dies führt nicht zu einer Chancengleichheit und ist ein Problem. Beispielsweise rüsten sich gewisse Primarschulen ab dem Sommer mit iPads aus, andere Schulleitungen sehen darin keine Priorität, weil sie die finanziellen Mittel dazu nicht haben. Auch die generelle Ressourcierung – für Schulleitungen, Bibliotheken etc. – ist ein Problem. Der Redner erwartet, dass der Regierungsrat das Anliegen ergebnisoffen prüft und die Möglichkeiten aufzeigt. Deshalb bittet er, alle drei Vorstösse als Postulate zu überweisen.

**Saskia Schenker** (FDP) erklärt, die Grundfrage sei, ob sich die Primarschulen konstant weiterentwickeln können oder ob es Unterschiede gibt, welche durch die Finanzen der Gemeinden, das technische Know-how oder die Führung bedingt sind. Alle sind der Meinung, es brauche eine Auslegeordnung. Die FDP-Fraktion hat nicht zum Ziel, den Gemeinden die Hoheit über die Primarschulen wegzunehmen, sondern möchte eine ergebnisoffene Auslegeordnung. Die Rednerin ist erstaunt darüber, dass die Grüne/EVP-Fraktion nicht als Ganzes den Vorstoss unterstützt, denn auch Andrea Heger hat für eine offene Auslegeordnung plädiert. Das Postulat von Beatrix von Sury-d'Aspremont verlangt ebenfalls eine offene Prüfung, zeigt jedoch bereits eine Richtung auf, indem verschiedene Modelle genannt werden. Das Postulat von Miriam Locher kennt die Lösung bereits ein wenig. Auch dieses Postulat muss offen verstanden werden. Die Fraktion möchte nicht das Signal senden, dass den Gemeinden die Primarschulen weggenommen werden sollen.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) ist erfreut darüber, dass alle der Meinung sind, dass die jetzige Situation bezüglich Trägerschaft nicht mehr richtig funktioniere. Gemeinden dürfen nur noch kantonale Vorgaben ausführen. Der Kanton hat eine gewisse Aufsicht. Aber aktuell ist das Modell der Trägerschaft wohl nicht mehr ganz zeitgemäss. Das jetzige Modell muss überdacht werden. Die Rednerin ist skeptisch gegenüber dem Modell «Übergabe der ganzen Infrastruktur an den Kanton». Reinach will gerade ein Primarschulhaus bauen, wird sich wohl aber nicht mehr die Mühe machen, wenn die Infrastruktur an den Kanton übergeht. Es braucht Überlegungen, ob dies der richtige Weg ist. Es gibt sicher Mittelwege. Vielleicht ist eine Teilübergabe möglich, wie es der Kanton Bern vorschlägt. Es braucht eine Überprüfung. Die Fraktion wird die Postulate 2019/614 und 2019/622 unterstützen, bei Postulat 2019/610 ist sie sehr skeptisch.

**Caroline Mall** (SVP) hält zu den Vorrednern Jan Kirchmayr und Béatrix von Sury-d'Aspremont fest, das Postulat von letzterer sei offen formuliert, und es sei sinnvoll, zu prüfen, die Chancengleichheit hinzukriegen, ohne die Trägerschaft wegzunehmen. Im Postulat 2019/610 von Miriam Locher steht etwas Gefährliches: Welche Bedingungen müssen gemeinsam mit den Gemeinden geschaffen werden, damit die Trägerschaft der Primarschulen dem Kanton übertragen werden können? Damit wird eine Richtung vorgegeben. Mit der Zustimmung zum Postulat stimmt man auch der Grundidee zu. Die Chancengleichheit ist wichtig, damit ist die Rednerin einverstanden, aber diese wird es nie geben. Es gibt Unterschiede bei Infrastruktur, Digitalisierung, Lehrpersonen

etc. – aber auch viele verschiedene Familienmodelle, von Helikopter-Eltern bis zu solchen, die überhaupt nicht für ihre Kinder sorgen. Lanciert der Kanton neue Projekte wie zum Beispiel die Digitalisierung, und die Gemeinden müssen selber schauen, ob ihre Klassenzimmer ausgerüstet sind, ist zu klären, wie die Gemeinden dies finanzieren können. Dort muss man ansetzen. Das kann die Rednerin unterstützen, aber das Postulat von Miriam Locher ist sehr gefährlich.

**Anita Biedert** (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion unterstütze das Postulat 2019/622. Eine grosse Auslegeordnung ist von Nöten. Zu Caroline Mall und dem Thema Chancengleichheit: Auf der Sekundarstufe ist diese gegeben.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) glaubt, das Zauberwort laute fiskalische Äquivalenz. «Wer zahlt, befiehlt.» Das ist im Bereich der Bildung nicht überall gegeben, was immer wieder zu Diskussionen in den Gemeinden führt, beispielsweise bei den Lehrerlöhnen, die der Kanton vorgibt. Die Gemüter erhitzen sich an der Frage, ob die Löhne von jeder Gemeinde selbst bestimmt werden sollten. Die Gemeinden pochen auf ihre Autonomie und ihre Variabilität – das ist richtig und so auch in der Kantonsverfassung verankert.

Für die Bildungsdirektorin ist entscheidend, dass der Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler sichergestellt ist. Eine Schule ist für eine Gemeinde auch ein Standortvorteil. So gibt es viele kleine Schulen, die im Gegensatz zu anderen Schulen sehr gut ausgestattet sind. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird sehr geschätzt und man befindet sich miteinander in intensivem Austausch. Wichtig ist für die Primarschulen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung. Hier ist die Digitalisierung ein wichtiges Stichwort. Da müssen auch die Primarschulen mithalten können. Deshalb ist eine grosse Auslegeordnung bereits im Gange. Es müssen die Wurzeln des basellandschaftlichen Systems aufgezeigt werden, aber auch dargestellt werden, was andere Kantone machen und welche Möglichkeiten bestehen. Aus diesem Grund ist die Regierungsrätin bereit, aller Vorstösse entgegenzunehmen. Im Rahmen der Auslegeordnung werden Schlüsse gezogen, was angestossen werden soll. Selbstverständlich wurde das Thema bereits mit dem VBLG aufgenommen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden findet statt. In diesem Sinne ist eine breite Auslegeordnung, ohne Richtungsvorgabe, sinnvoll.

**Ermando Imondi** (SVP) sagt, dass die SVP-Fraktion auch das Postulat von Béatrix von Sury d'Aspremont (2019/614) unterstütze und auf die Antworten des Kantons gespannt sei.

**Jan Kirchmayr** (SP) verspricht Caroline Mall, dass er nie aufhören werde, sich für die Chancengleichheit einzusetzen. Mit dem Postulat 2019/610 möchte man schlussendlich einfach erfahren, welche Bedingungen mit den Gemeinden geschaffen werden müssten, sollte man die Trägerschaft verschieben wollen. Der Redner und die SP-Fraktion wissen noch nicht, ob sie dies wirklich wollen. Würde sie es bereits wissen, hätte sie eine Motion eingereicht.

**Ursula Wyss Thanei** (SP) ist Regierungsrätin Monica Gschwind dankbar für die Bereitschaft, alle drei Postulate entgegenzunehmen. Wenn eine Auslegeordnung erstellt werden soll, müssen sämtliche Bereiche von den kleinsten bis zu den grössten Änderungen abgedeckt sein. Das Postulat von Miriam Locher ermöglicht das Aufzeigen der anderen Grenze und einer wirklichen Rundumsicht. Es wäre schade, würde man die Möglichkeit, auch hier zu prüfen und zu berichten, ausser Acht lassen.

**Stephan Ackermann** (Grüne) blickte auf die Uhr und hatte Angst, heute nichts gesagt zu haben, weshalb er sich nun zu Wort melde. *[Heiterkeit]*. Der Redner bittet das Plenum, alle drei Postulate zu unterstützen. Eine breite Auslegeordnung ist zentral. Persönlich wird der Votant dem Postulat von Miriam Locher zustimmen. Das bedeutet aber nicht, dass er die vollumfängliche Übernahme

der Primarschulen durch den Kanton unterstützt. Gegen prüfen und berichten hat er jedoch nichts und vernahm diesbezüglich auch vonseiten Regierungsrat Einigkeit.

**Simone Abt** (SP) möchte nicht wiederholen, was ihre Vorredner gesagt haben. Die Rednerin appelliert an die Ratsrechte, die der linken Seite oft das Setzen von Denkverboten vorwerfe: Die Auslegeordnung ist nur dann komplett, wenn auch die Option Übernahme der Primarschulen durch den Kanton geprüft wird. Die Votantin sagt nicht, dass sie für diese Übernahme wäre, tut sie sich doch bereits schwer genug mit gewissen Aspekten, welche die Leitung der Sekundarschulen durch die Direktion mit sich bringen. Prüfen und berichten! Es sollen auch die ins Boot geholt werden, die das ganze Spektrum anschauen möchten. Caroline Malls Aussage, es handle sich mit der Überweisung um einen Vorentscheid, ist nicht korrekt.

**Regina Werthmüller** (parteilos) unterstützt auch die Überweisung von allen drei Postulaten. Allenfalls ist die Auslegeordnung so offen, dass man merkt, dass es gut ist, wenn die Verantwortung über die Primarschulen bei den Gemeinden bleibt. Die Rednerin ist froh, dass Regierungsrätin Monica Gschwind keine Angst vor den Vorstössen hat und bereit ist, die Auslegeordnung mit dem VBLG und den Gemeinden zu erstellen, mit dem Ziel, eine zukünftig gerechtere Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler im Kanton herzustellen.

**Ernst Schürch** (SP) plädiert ebenfalls dafür, alle drei Postulate zu überweisen. Zwei Beispiele zu Ungleichheiten in den Gemeinden: In einer Primarschule teilen sich zwei Klassen drei Computer, die teilweise nicht einmal funktionieren, obwohl es Lehrmittel gibt, für die man digital arbeiten sollte. Das ist ein riesiger Unterschied zu anderen Gemeinden.

Von einer weiteren Gemeinde ist dem Votanten bekannt, dass den Primarlehrpersonen weiterhin Ortszulagen bezahlt werden. Für die jüngeren Semester: Ortszulagen gab es, als Lehrpersonen noch an dem Ort wohnten, wo sie auch unterrichteten und zusätzlich den Kirchenchor oder den Turnverein leiteten. Dafür erhielt man Geld. Die Ortszulagen sind seit Jahrzehnten abgeschafft, dennoch zahlt aber eine Gemeinde nach wie vor die Ortszulagen.

Es lohnt sich deshalb, diese drei Postulate zu überweisen und eine grosse Auslegeordnung zu erstellen. Man kann sich zu einem späteren Zeitpunkt noch immer entscheiden, ob die Trägerschaft beim Kanton oder den Gemeinden sein soll.

**Markus Dudler** (CVP) kommt ein Aspekt zu kurz: Die Wählbarkeit von Lehrpersonen in kommunale Behörden. Unabhängig davon, wie der Redner selbst zur Thematik steht: Wären diese Fälle klarer geregelt, wären die Lehrpersonen nicht mehr bei der Gemeinde angestellt, sondern beim Kanton. Die Interessenskonflikte wären somit gelöst, der Rollenkonflikt als Lehrperson und Behördenmandatsträger wäre aber immer noch vorhanden. Der Votant würde es schätzen, wenn diese Frage geprüft und eine Antwort darauf gefunden würde.

**Reto Tschudin** (SVP) präzisiert in Richtung Simone Abt, dass die SVP-Fraktion nicht generell gegen die Haltung der SP sei, dass teilweise vielleicht ungleich lange Spiesse bestehen. Das Postulat von Miriam Locher impliziert aber eine Lösung, welche die SVP-Fraktion per se ablöst. Insofern stellt sich für die SVP die Frage, weshalb die Übernahme der Primarschulen durch den Kanton geprüft werden soll, wenn sie dies per se ablehnt. Die Partei hat die Befürchtung, dass die Schulen in den kleineren Gemeinden wegfallen, da sie faktisch nicht rentabel, aber ortsgebunden dennoch sinnvoll sind. Insofern unterstützt die SVP-Fraktion nur die anderen beiden Postulate.

://: Die Postulate 2019/614 und 2019/622 werden stillschweigend überwiesen.

://: Mit 45:39 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2019/610 überwiesen.

